

Beratende Äußerung

**durch den Landesrechnungshof
gem. § 88 Abs. 3 LHO M-V**

Einspareffekte einer geplanten Kreisgebietsreform

**Pressekonferenz
29.01.2009**



Anlass

- Politik plant zweiten Anlauf für Kreisgebietsreform
- Ziel ist Reduzierung der Verwaltungskosten durch Überwindung der kostenintensiven Kleinteiligkeit bei gleichzeitiger Verbesserung und Professionalisierung der Verwaltung auf kreislicher Ebene
- Maßstab auf der Ausgabenseite sind insbesondere einwohnerbezogene Personalkosten der Kreise in den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern
- Vergleichende finanzstatistische Analysen (u. a. im Kommunalbericht des LRH 2007) hatten bereits deutliche Kostenvorteile einer Kreisgebietsreform aufgezeigt.

Beispielsweise waren 2006 die einwohnerbezogenen Ausgaben für aktives Personal in den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns mit rd. 200 Euro doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein.



Anlass

- Analysen auf dieser methodischen Grundlage waren in anderen Bundesländern alleinige finanzwirtschaftliche Begründung von Kreisgebietsreformen.
- In M-V hingegen sind insbesondere von kommunaler Seite weitere Analysen zur Begründung der Kreisgebietsreform gefordert worden.
- Der LRH hat sich daher entschlossen Einsparpotenziale einer Kreisgebietsreform im Personalbereich anhand einer Prüfung des Mindestpersonalbedarfs eines „Landkreises Stralsund“, gebildet durch Zusammenlegung der Landkreise NVP und RÜG sowie Einkreisung der HST, zu ermitteln.
- Der LRH hat sich dabei von zwei WP-Gesellschaften (WIBERA, VEBERAS) gutachterlich beraten lassen.

Methode und Vorgehensweise

- Die gutachterliche Untersuchung erstreckte sich auf die Zusammenlegung der Landkreise Rügen und Nordvorpommern sowie der Einkreisung der Hansestadt Stralsund („Landkreis Stralsund“), als eine absehbar realistische Option für einen künftigen Landkreis.

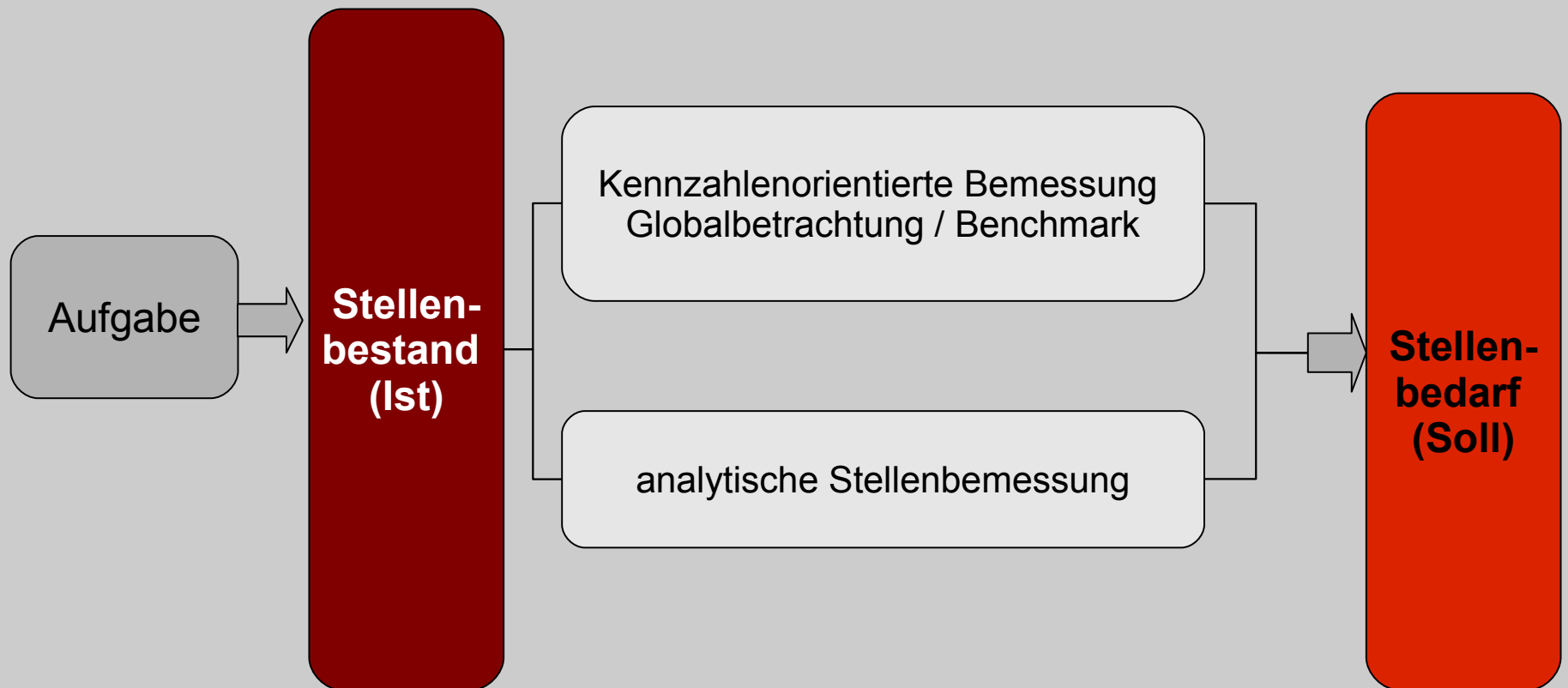


Methodik und Vorgehensweise

- Systematische Erfassung der gegenwärtigen Aufgaben- und Mengengerüste der Verwaltungen (Ist-Zustand)
 - Bemessung des Mindestpersonalbedarfs für die Kernverwaltung eines möglichen „Landkreis Stralsund“ (Soll-Zustand = zukunftsfähige Struktur)
- => Prämissen:
- Gewährleistung des gesetzmäßigen Verwaltungsvollzugs im Pflichtaufgabenbereich und
 - Übergang sämtlicher kreislicher Aufgaben der Hansestadt Stralsund auf den „Landkreis Stralsund“
- Differenz zwischen Ist- und Soll-Zustand ergibt die sich aus einer Kreisgebietsreform herleitbaren Einsparungen im Personalbereich
 - Weitere Bereiche mit Kostensenkungspotenzial bei der Aufgabenwahrnehmung waren nicht Untersuchungsgegenstand



Methodik und Vorgehensweise



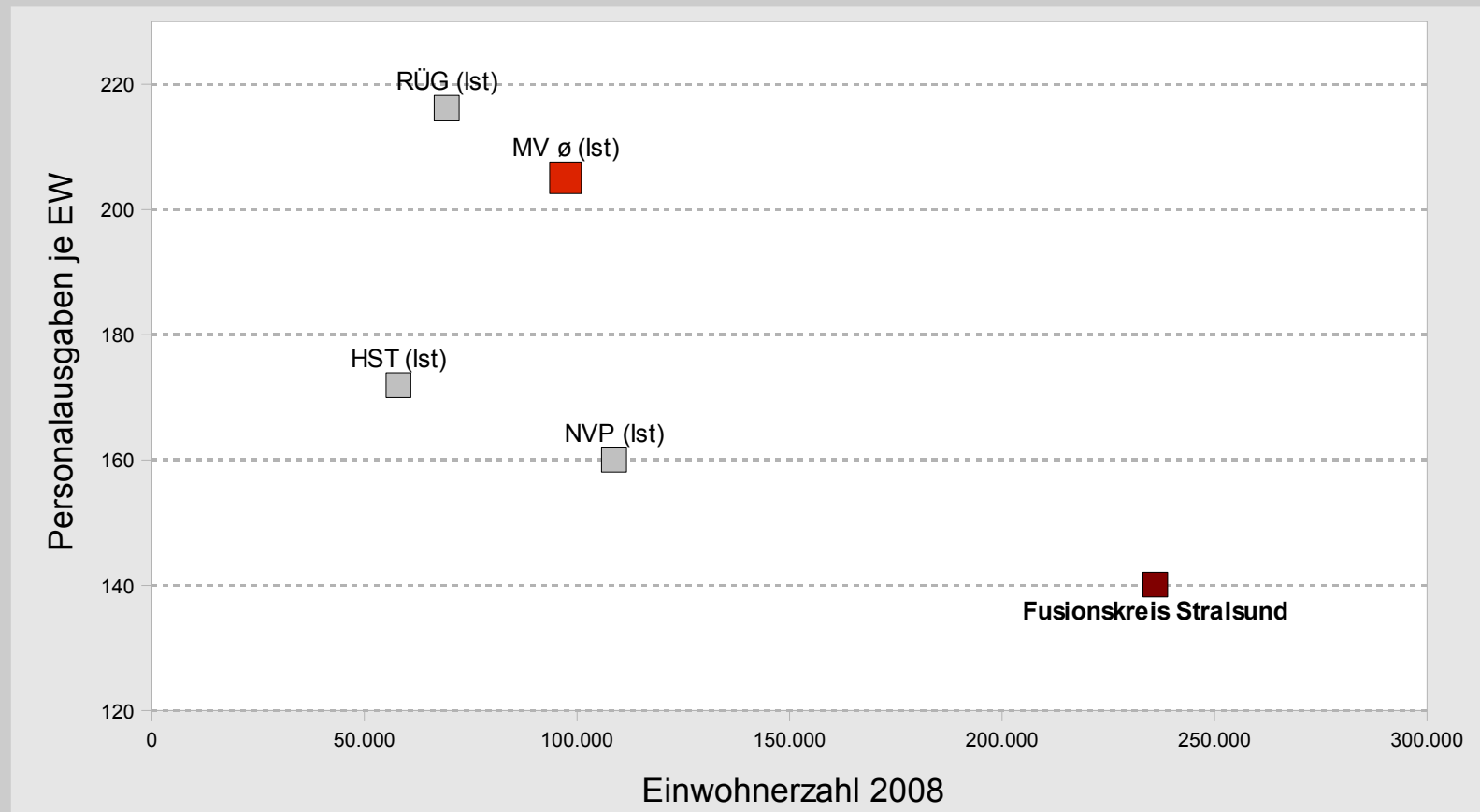
Ergebnis für den Fusionskreis Stralsund

- Das Einsparpotenzial beträgt rd. 192 Stellen, das entspricht 21,8 % des gegenwärtigen Stellenbestandes der zu fusionierenden Kreisverwaltungen NVP und RÜG sowie des kreislichen Stellenbestandes des HST.
- Die sich daraus ergebenden jährlichen Einsparungen betragen rd. 9,23 Mio. Euro und summieren sich innerhalb von fünf Jahren auf rd. 46,12 Mio. Euro

	Fusionskreis Stralsund
Stellen Ist	883,05
Stellen Soll	690,87
Stelleneinsparung (absolut)	192,18
Stelleneinsparung (relativ)	21,8 %
Personalkosteneinsparung p. a. (in Mio. Euro)	9,23
Personalkosteneinsparung in 5 Jahren (in Mio. Euro)	46,12

Ergebnis für den Fusionskreis Stralsund

- Die Kreisgebietsreform würde für den „Landkreis Stralsund“ eine spürbare Reduzierung der einwohnerbezogenen Personalausgaben auf 140,5 Euro mit sich bringen.
- Vor allem der Landkreis Rügen könnte seine gegenwärtigen Personalausgaben von 215,1 Euro je Einwohner damit erheblich verringern.



Woher kommen diese Einsparungen ?

- Vor allem im Overhead verringert sich der Personalbedarf durch eine Kreisgebietsreform aufgrund von **Synergien und Größendegressionen** deutlich. Personal zur Verwaltung der Verwaltung kann reduziert werden.
 - Leitungs- und Querschnittsaufgaben
 - Allgemeine Verwaltung (Interner Service, Personalangelegenheiten) und
 - Finanzwesen (Buchungen, Kosten-Leistungs-Rechnung und Doppik)
- Fallzahl- und arbeitsmengenunabhängiger Grundbedarf an Mitarbeitern nimmt im Fusionskreis deutlich ab
 - Leitungs- und Querschnittsaufgaben sowie
 - in den Aufgabenbereichen Recht, Kultur, Soziales, Jugend, Zivilschutz u. Tiefbau



Woher kommen diese Einsparungen ?

- Die Kreisgebietsreform würde eine stärkere fachliche **Spezialisierung** und einen höheren Output (höhere Bearbeitungs- und Erledigungszahlen) bewirken, z. B.
 - in den Aufgabenbereichen Recht, Gesundheit, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
 - bei Ausschreibungen und Beschaffungen, insbesondere im Bereich Tiefbau
 - beim Schuldenmanagement



Ergebnisse – nach Aufgabenbereichen

Aufgabengruppe	Stellen-Ist	Stellen-Soll Fusion	Einsparpotenzial
00 Leitungs- und Querschnittsaufgaben	114,9	74,0	41,0
10 Allg. Verwaltung	60,6	38,6	22,0
14 Rechnungsprüfung	12,0	10,7	1,3
15 Kommunalaufsicht	8,6	7,2	1,4
20 Finanzwesen	38,2	25,7	12,5
30 Recht	37,8	25,9	11,9
32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	25,8	18,6	7,2
33 Ausländer- und Personalstandswesen	7,9	4,3	3,6
36 Straßenverkehr	39,1	31,3	7,8
38 Zivilschutz	43,6	27,5	16,1
39 Veterinärwesen u. Lebensmittelüberwachung	22,9	22,5	0,4
40 Schulen	51,4	50,8	0,5
41 Kultur	51,5	27,0	24,5
50 Soziales	49,3	48,9	0,3
51 Jugend	76,5	71,9	4,6
53 Gesundheit	45,9	37,8	8,1
60 Gebäudemanagement	50,3	45,8	4,5
61 Kreisplanung	12,4	10,6	1,8
62 Vermessung und Kataster	56,1	53,3	2,8
63 Bauordnung	40,5	32,7	7,8
66 Tiefbau	26,3	18,8	7,5
70 Abfallbeseitigung	5,8	3,0	2,8
80 Wirtschafts- und Verkehrsförderung	4,6	3,0	1,6
81 Wirtschaftliche Betätigung	0,9	0,9	0,0
82 Land- und Forstwirtschaft	0,0	0,0	0,0
Summen:	883,0	690,9	192,2

Ergebnisse – nach Aufgabenbereichen

Aufgabengruppe	Stellen-Ist	Stellen-Soll Fusion	Einsparpotenzial
00 Leitungs- und Querschnittsaufgaben	114,9	74,0	41,0
10 Allg. Verwaltung	60,6	38,6	22,0
14 Rechnungsprüfung	12,0	10,7	1,3
15 Kommunalaufsicht	8,6	7,2	1,4
20 Finanzwesen	38,2	25,7	12,5
30 Recht	37,8	25,9	11,9
32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	25,8	18,6	7,2
33 Ausländer- und Personalstandswesen	7,9	4,3	3,6
36 Straßenverkehr	39,1	31,3	7,8
38 Zivilschutz	43,6	27,5	16,1
39 Veterinärwesen u. Lebensmittelüberwachung	22,9	22,5	0,4
40 Schulen	51,4	50,8	0,5
41 Kultur	51,5	27,0	24,5
50 Soziales	49,3	48,9	0,3
51 Jugend	76,5	71,9	4,6
53 Gesundheit	45,9	37,8	8,1
60 Gebäudemanagement	50,3	45,8	4,5
61 Kreisplanung	12,4	10,6	1,8
62 Vermessung und Kataster	56,1	53,3	2,8
63 Bauordnung	40,5	32,7	7,8
66 Tiefbau	26,3	18,8	7,5
70 Abfallbeseitigung	5,8	3,0	2,8
80 Wirtschafts- und Verkehrsförderung	4,6	3,0	1,6
81 Wirtschaftliche Betätigung	0,9	0,9	0,0
82 Land- und Forstwirtschaft	0,0	0,0	0,0
Summen:	883,0	690,9	192,2

Beispiele



Ergebnisse – nach Aufgabenbereichen

- Beispiel 1: Allgemeine Verwaltung; Aufgabenbereich “**EDV-Angelegenheiten**“
 - Stellenbestand (Ist) = **10,63 Stellen** (NVP: 4,65 / RÜG: 4,00 / HST: 1,98)
 - Stellenbedarf (Soll) = **8,72 Stellen**
 - Soll-Menge je Stelle: 100 PC je Stelle im EDV-Bereich
 - Bezugsgröße: 872 PC-Arbeitsplätze
 - Einsparpotenzial = **1,91 Stellen**
- Beispiel 2: Zivilschutz; Aufgabenbereich “**Leitstelle**“
 - Stellenbestand (Ist) = **33,73 Stellen** (NVP: 10,98 / RÜG: 10,00 / HST: 12,75)
 - Stellenbedarf (Soll) = **17,50 Stellen**
 - Bildung einer Regionalleitstelle besetzt mit 3 MA am Tag bzw. 2 MA nachts
 - Einsparpotenzial = **16,23 Stellen**



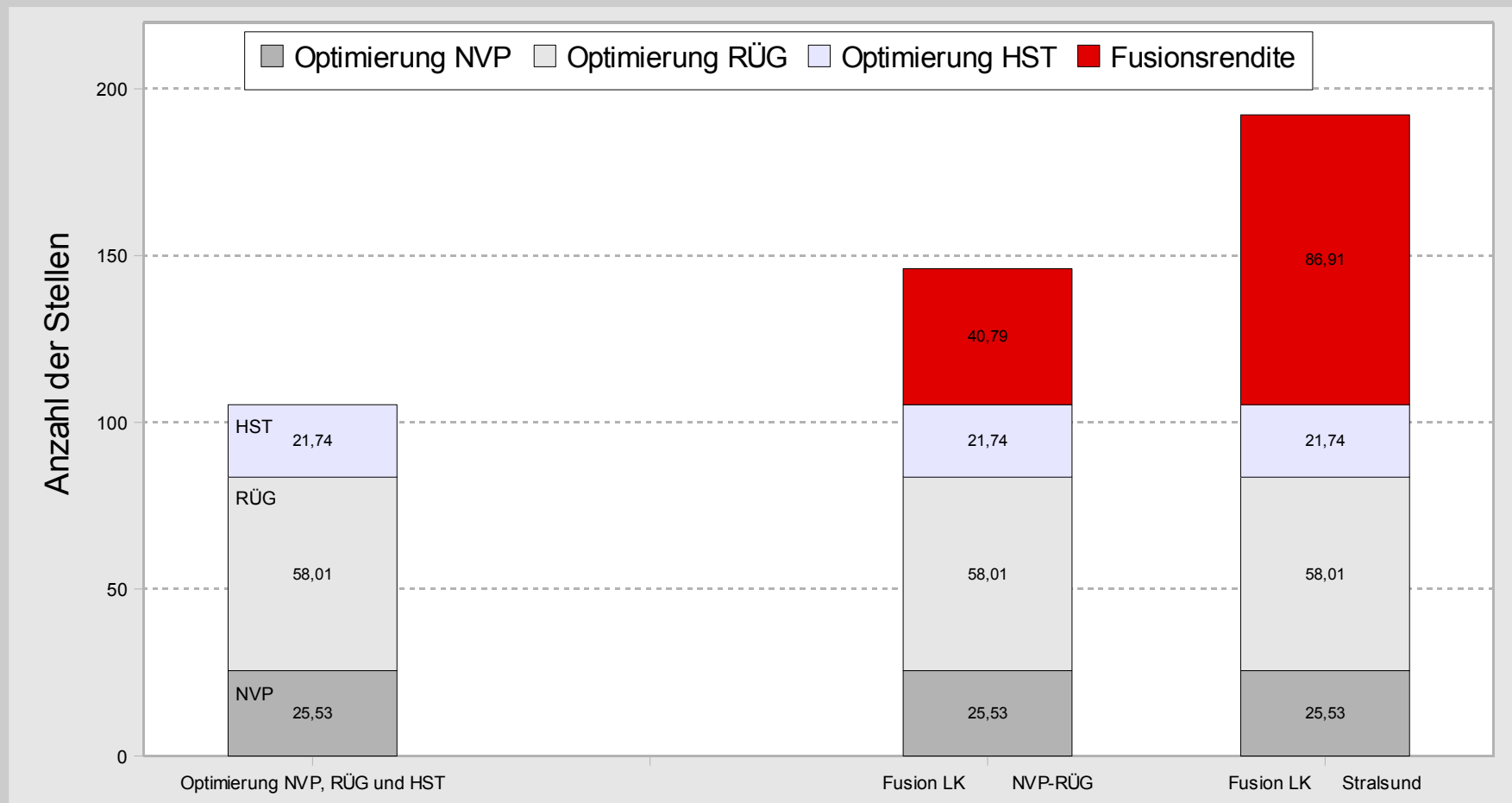
Ergebnisse – nach Aufgabenbereichen

- Beispiel 3: Kultur; Aufgabenbereich **“Weiterbildung, Volkshochschule“**
 - Stellenbestand (Ist) = **8,37 Stellen** (NVP: 2,53 / RÜG: 2,23 / HST: 3,61)
 - Stellenbedarf (Soll) = **4,00 Stellen**
 - Zusammenlegung der Standorte, Verringerung der Grundbedarfe
 - Einsparpotenzial = **4,37 Stellen**



Wie sind Alternativen zu bewerten?

- Diskutierte Alternativen, wie der Verzicht auf die Einkreisung von Stralsund oder gar einer Beibehaltung der gegenwärtigen Gebietsstrukturen, lassen nicht nur deutlich geringere Einspareffekte erwarten. Darüber hinaus



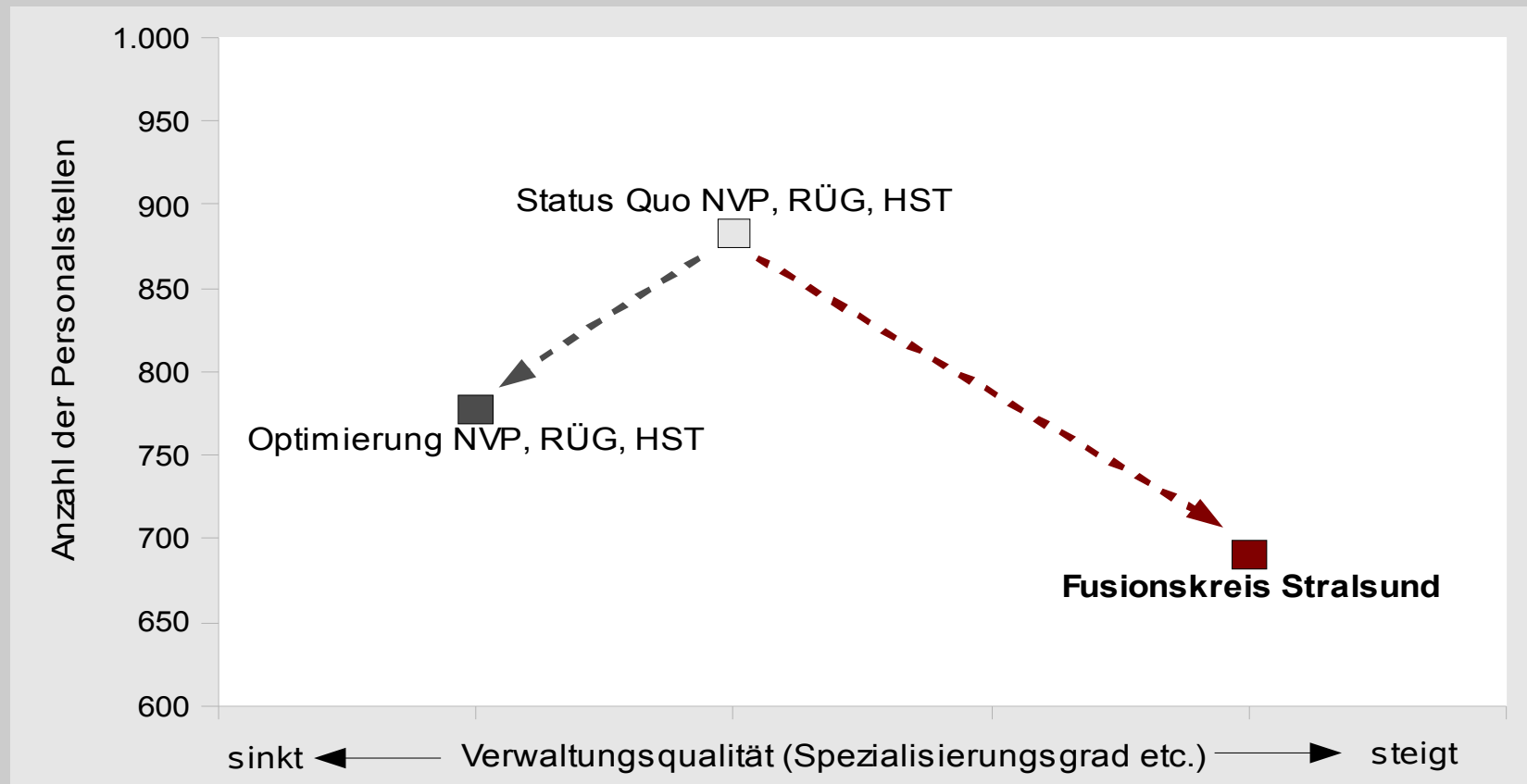
Wie sind Alternativen zu bewerten?

- ... eröffnet die Fusion zum “Landkreis Stralsund” zusätzliche Möglichkeiten zur Qualitätssteigerung und Professionalisierung der Verwaltung. Von der besseren Qualität der Verwaltung werden Bürger und Wirtschaft profitieren.
- Im Rahmen des ermittelten Personalbedarfs für den Fusionskreis können durch Umorganisation und Spezialisierung auf bestimmte Teilaufgaben die Stärken der vorhandenen Mitarbeiter besser zum tragen kommen.



Wie sind Alternativen zu bewerten?

- Bei Verzicht auf die Reform können die ohnehin deutlich geringeren Einsparungspotenziale nur unter Inkaufnahme von Abstrichen in der Verwaltungsqualität gehoben werden.



Wie sind Alternativen zu bewerten?

- Auch **Kooperationen** stellen aus Sicht des LRH keine geeignete Alternative dar. Gegenüber einer Kreisgebietsreform bietet die interkommunale Zusammenarbeit nur vergleichsweise geringe Einsparpotenziale.
- Die Errichtung von gemeinsamen, juristisch eigenständigen Einrichtungen würde die Kommunen nicht der Aufgaben der Koordinierung, Steuerung und Überwachung entheben.
- Flächendeckende Kooperationen würde die kommunale Selbstverwaltung im Kernbestand beschädigen und insbesondere die Mitwirkungsrechte und -pflichten der kommunalen Selbstverwaltungsorgane aushöhlen.

Qualitätssteigerung durch Kreisgebietsreform

Beispiel **Sozial- und Jugendhilfe:**

- Sozial- und Jugendhilfeplanung könnte aufgewertet werden. Sozialraumanalysen könnten helfen die Angebote zielgerichteter zu steuern.
- Durch Qualitäts- und Kostenvergleiche ließe sich die Steuerung und Koordination der freien Träger verbessern.
- Ein kontinuierliches Fachcontrolling der Sozial- und Jugendhilfebereiche könnte sicherstellen, dass die strategischen Ziele erreicht werden.
- Die EDV-Unterstützung könnte bei größeren Einheiten optimiert werden



Hochrechnung der Ergebnisse

- Der Landesrechnungshof hat die gutachterlich ermittelten Ergebnisse auf das gesamte Land hochgerechnet.
- Grundlagen waren die konkreten Ergebnisse für den Personalbereich im Fusionskreis Stralsund sowie eine pauschalierte Betrachtung der personenbezogenen Sachkosten.
- Durch die Kreisgebietsreform sind demnach Einsparungen von jährlich 59 bis 67 Mio. Euro und mittelfristige von 296 bis 335 Mio. Euro zu erwarten.

neuer Kreis	Einwohner (nachrichtlich)	Rechnerische Einsparung in Mio. Euro	
NVP-RÜG-HST	236.062	10,19 bis	11,53
NWM-HWI	163.177	5,78 bis	6,55
MÜR-MST-DM*-NB	254.283	11,46 bis	12,98
OVP-UER-DM*-HGW	277.678	13,20 bis	14,95
DBR-GÜ	220.538	9,15 bis	10,36
LWL-PCH	224.944	9,44 bis	10,69
SUMME	1.376.681	59,23 bis	67,07
Finanzplanungszeitraum		296,13 bis	335,34



Hochrechnung der Ergebnisse

- Diese Größenordnung liegt am unteren Rand der finanzstatistischen Analysen. Da der “Landkreis Stralsund” finanzwirtschaftlich vergleichsweise gut aufgestellt ist, dürfte die Hochrechnung nur die Untergrenze der möglichen Einspareffekte darstellen.
- Darüber hinaus umfasst die konservative Rechnungen nur Teilaspekte der zu erwartenden Effekte einer Kreisgebietsreform.

Weitere kostensenkende Verbesserungen lassen sich bspw. für die freiwilligen Aufgaben, aber auch bei Vergaben oder der Organisation des ÖPNV erwarten.



**Danke für Ihre
Aufmerksamkeit**

